

Positionspapier

des Bankenverbandes

Fünf Vorschläge für einen attraktiven
Banken- und FinTech-Standort Deutschland

16. Februar 2016

Fünf Vorschläge für einen attraktiven Banken- und FinTech-Standort Deutschland

Die Finanzdienstleistungsbranche ist im Umbruch. Die bereits seit langem wirksamen Trends von europäischer Integration und Digitalisierung haben in den letzten Jahren erhebliche Schübe erhalten: Die europäische Integration wurde durch die Bankenunion maßgeblich vorangetrieben und die Digitalisierung ist durch die flächendeckende Verbreitung von Internet und mobilen Endgeräten mit ihrer Durchdringung des Alltags in eine neue Dimension getreten.

In der Finanzbranche ist diese Entwicklung durch den Eintritt von FinTechs als neue Anbieter am Markt gekennzeichnet. FinTechs beleben mit ihren Ideen und Lösungen den Markt und fördern den Fortschritt. Der Bankenverband begrüßt diese Impulse zur Entwicklung neuer und zur Weiterentwicklung bestehender Finanzdienstleistungen, von denen Kunden, Banken und die Volkswirtschaft insgesamt profitieren können.

Der durch starke Innovation und Dynamik der FinTechs beförderte Wettbewerb bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte und Chancen für alle Seiten. Die privaten Banken sehen sie als Partner für Kooperationen, die zu Innovationen, zum gegenseitigen Vorteil im Bankgeschäft und zum Nutzen der Kunden führen. FinTechs, die in den Wettbewerb zu tradierten Anbietern und Geschäftsmodellen treten, leisten wichtige Impulse für den hiesigen Wirtschaftsstandort und zur Befriedigung von Kundenbedürfnissen. Diese Impulse gilt es – gerade auch im europäischen Wettbewerb der Finanzstandorte – zu unterstützen. Der Bankenverband schlägt fünf Maßnahmen vor, die vertieft diskutiert und schnell entschieden werden müssen:

1. Verbindliche Auskunft mit fester Antwortzeit einführen

Neue Geschäftsmodelle und -praktiken, gerade wenn sie moderne Technologien nutzen, sind oft mit dem bestehenden Regulierungsrahmen nicht eindeutig zu beurteilen. Bank- und Marktaufsicht müssen in diesem Umfeld erst Erfahrungen bei der Einschätzung von Innovationen einerseits und Kundenschutz und Finanzmarktstabilität andererseits gewinnen.

Aus Sicht der Anbieter ist die damit einhergehende Rechtsunsicherheit mitunter problematisch. Gerade FinTechs und ihre oft angelsächsisch geprägten Investoren sind verbindliche Auskünfte der Aufsicht von anderen Finanzstandorten gewohnt. Diese Situation kann ein dezidiertes Hindernis für Investitionen und den Markteintritt in Deutschland sein.

In Anlehnung an das Steuerrecht (§ 89 Abs. 2 Abgabenordnung) sollte deshalb auch im Bereich der Bank- und Finanzmarktaufsicht ausdrücklich das Institut einer verbindlichen Auskunft zu regulativen Fragen eingeführt werden. Die Aufsicht müsste so auf konkrete Fragestellungen eines Anbieters verbindliche Beurteilungen zur regulativen Behandlung abgeben. Die Antwort der Aufsichtsbehörden muss in einer angemessenen Zeit erfolgen. Bei der Ausgestaltung der Gebühren für die Auskunft sollte berücksichtigt werden, dass FinTechs sich oftmals in der Aufbauphase befinden und demgemäß nur über begrenzte finanzielle Ressourcen verfügen.

2. Beratungseinheit schaffen

Gerade in der Phase der Unternehmensgründung ist – auch für FinTechs – eine Unterstützung am wertvollsten.

Analog zu lokalen Wirtschaftsförderern sollte eine Beratungseinheit geschaffen werden, die insbesondere FinTechs im Prozess der regulativen Prüfung und ggf. Genehmigung von neuen Geschäftsmodellen unterstützt. Aufgabe dieser Beratungseinheit wäre weder eine vollständige Rechtsberatung noch die Genehmigung als solche. Sie soll FinTechs, aber auch andere Unternehmen vielmehr als Sparringspartner und Türöffner unterstützen sowie Hinweise und Hilfestellungen in behördlichen Verfahren geben. Diese Einheit sollte deshalb wahrscheinlich auch nicht bei der BaFin angesiedelt sein.

3. Datenschutzföderalismus überbrücken

Finanzdienstleistungen sind in der Regel mit der Verarbeitung personenbezogener Daten verbunden. Die datenschutzrechtliche Beurteilung von Sachverhalten, gerade wenn es sich um neue Geschäftsmodelle handelt, ist deshalb neben der bankaufsichtlichen Ebene von herausragender Bedeutung. Die Erlangung belastbarer Beurteilungen wird in Deutschland durch die Länderzuständigkeit in diesen Fragen erschwert. Dies bedeutet für die Anbieter einen hohen Abstimmungsaufwand und eine erhebliche Rechtsunsicherheit, die sich negativ auf die Position Deutschlands im europäischen Standortwettbewerb auswirken kann.

Deutschland braucht ein homogenes Verwaltungshandeln in Datenschutzfragen. Dies kann durch eine Konzentration der Zuständigkeiten auf Bundesebene oder eine klare und verbindliche Koordinationsregelung zwischen den Bundesländern erreicht werden.

Auch die neue EU-Datenschutzgrundverordnung wird ein solch homogenes Verwaltungshandeln in Deutschland erforderlich machen, wie es in anderen EU-Mitgliedstaaten Standard ist. Ein Zustand wie heute, in dem gleiche Geschäftsvorfälle an verschiedenen Bankenplätzen unterschiedlich beurteilt werden können, ist nicht akzeptabel.

4. Europäisierung der Vorschriften

Geschäftsmodelle der Finanzdienstleistungsbranche sind prinzipiell skalierbar. Für die leistungsstarken deutschen Banken, aber auch für viele FinTechs, liegen in den anderen Mitgliedsstaaten der EU attraktive Märkte. Vielfach wird das Ausrollen von Geschäftsmodellen aber durch abweichende Detailregelungen im Zivilrecht, im Verbraucher- oder Datenschutz verhindert.

Die Bundesrepublik muss sich dafür einsetzen, dass in der Bankenunion neben dem Single Rulebook auch das Verwaltungshandeln vereinheitlicht wird. Dies kann bedeuten, dass auch in Deutschland Regeln oder Verwaltungshandeln im Interesse der europäischen Integration geändert werden müssen. Wo immer möglich, ist ein europäisches Passporting anzustreben.

5. Unterstützung und Vermarktung des Finanzstandortes Deutschland

In Deutschland besteht weiterhin Wettbewerb zwischen den regionalen Finanzplätzen. Dies ist wahrscheinlich in einem föderalen System mit starken, traditionsbewussten Bundesländern unvermeidlich.

Aus europäischer und internationaler Perspektive ist der regionale Standortwettbewerb unbeachtlich. Die Politik sollte sich auf die Unterstützung und Vermarktung des Finanzstandortes Deutschland konzentrieren. Frankfurt am Main ist mit dem Sitz der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Bankenaufsicht, der European Insurance and Occupational Pension Authority, zahlreicher, international bedeutender Banken und der Deutschen Börse der bedeutendste Finanzplatz der Eurozone.